

Inhalt

Wahlpolitische Zweikämpfe

Meinung 3

Wintersonnwendfeiern

Ausflüge & Reisen 6

Riachuelo-Reinigung

Wirtschaft 9

Kompensierter Außenhandel

Wirtschaft 9

Rubriken

Argentinien 1-2

Auto & Motor 6

Wirtschaft 7-10

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 20. Juni 2009

120. Jahrgang Nr. 31.724

Cristinas Anti-Krisenrezept

Präsidentin spricht bei OIT-Tagung in Genf



Cristina erntete auf der OIT-Tagung Beifall für ihre Rede.

Buenos Aires (AT/mc) – Als Anti-Krisenrezept pries Argentinens Präsidentin Cristina Kirchner ihre Wirtschaftspolitik beim Treffen der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) der UNO in Genf. "Es ist notwendig, den Beschäftigungssektor zu unterstützen, Massenentlassungen zu vermeiden und das Überleben der Unternehmen zu sichern", sagte die Präsidentin. In Bezug auf die staatliche Unterstützung für "General Motors" in Rosario bemerkte sie: "Wenn mir jemand vor Jahren gesagt hätte, dass ich einmal einem nordamerikanischen Multi-Konzern Geld leihen würde, und gleichzeitig ein afro-amerikanischer US-Präsident dieses Unternehmen verstaatlichen wollte, dem hätte ich gesagt, dass er irre rede." Ihre Rede nutzte Cristina in Wahlkampfzeiten zur Darstellung eigener Erfolge. Demnach habe es seit dem Machtantritt ihres Mannes als Präsident im Jahre 2003 das größte Wirtschaftswachstum der letzten 200 Jahre in Argentinien gegeben. Vor diesem Hintergrund verteidigte sie die Verstaatlichung der Rentenfonds und hob die Investitionen in die Infrastruktur hervor. Um der Beschäfti-

gungskrise zu begegnen, empfahl Cristina zwei Mittel, die derzeit offizielle argentinische Regierungspolitik sind: Erstens die Reduzie-

rung der Arbeitsstunden, was der Staat mit 600 Pesos pro Arbeiter unterstützt, um in den Problem-Industriezweigen Arbeitslosigkeit

abzuwenden und die Konsumkraft des Arbeitnehmers zu erhalten. Und zweitens die Unterstützung für in Schieflage geratene Unternehmen, wo neben "General Motors" auch die Schuhfabrik "Massuh" als Beispiel für staatliche Hilfe zu nennen ist. Kirchner rief zu einer Kooperation zwischen Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat auf, um Beschäftigung zu sichern. Die Präsidentin erntete immer wieder Beifall für ihre Ausführungen.

Es bedurfte längerer Verhandlungen, ehe sich die Teilnehmer auf eine Erklärung verständigt hatten, die ein weltweites Bündnis für Arbeit fordert. Kritiker sehen darin nicht mehr als eine Bekundung von Wünschen, da die Länder die Weltwirtschaftskrise tatsächlich mit verschiedenen Mitteln bekämpfen würden.

Während ihres Genf-Aufenthalts traf sich Cristina auch mit der US-amerikanischen Arbeitsministerin Hilda Solis, mit der sie die Beschäftigungssituation in beiden Ländern analysierte. Dabei teilte Solis mit, Präsident Barack Obama würde die Forderung von Argentinien und Brasilien unterstützen, dass die OIT in Zukunft an Treffen der G-20-Gruppe teilnimmt, um über die Wirtschaftskrise zu diskutieren.

Schweinegrippe fordert sechs Todesopfer

Buenos Aires (AT/mc) – Die Zahl der Schweinegrippe-Toten in Argentinien ist auf sechs gestiegen. Zu den vier Opfern, die bereits Anfang der Woche bekannt wurden, sind nun zwei weitere Fälle hinzugekommen. Bei den jüngsten Todesfällen handelt es sich um ein Kleinkind aus der Stadt Buenos Aires sowie um einen 15-Jährigen, der wie die anderen Verstorbenen aus der Provinz Buenos Aires kam. Allen sechs war gemeinsam, dass sie zu den Risikogruppen gehörten und bereits andere Krankheiten hatten, durch die das Immunsystem geschwächt wurde. Die ersten Todesopfer waren ein neunjähriges Mädchen aus Ituzaingó, ein zwölfjähriger



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Junge aus San Martin, ein 28-jähriger Mann aus Villa Adelina sowie ein dreimonatiges Baby, das im Hospital Posadas de Palomar verstarb.

Argentinien ist somit hinter Mexiko (113 Tote), den USA (44) und Kanada (7) das Land, das weltweit die viertmeisten Todesfälle durch Schweinegrippe aufweist. Derzeit gibt es hierzulande 946 registrierte Erkrankungen. "Die Zirkulation des Virus im Großraum Buenos Aires hat ein hohes Maß erreicht", so Mario Masana Wilson, der Direktor der

Epidemiologie der Provinz Buenos Aires. Wie der weitere Verlauf der Schweinegrippe einzuschätzen ist, darüber ist man sich im Gesundheitsministerium nicht im Klaren. Einerseits wird das Virus grundsätzlich als nicht übermäßig gefährlich eingeschätzt. Andererseits sei es neu, und niemand wisse, wie es sich entwickeln wird. Anders als in den ersten Tagen der Pandemie soll der Unterricht in den Schulen von Buenos Aires, bei denen Infektionen bzw. Verdachtsfälle aufgetreten sind, fortgesetzt werden.

Molina fordert mehr Freiheit auf Kuba

Kubanische Dissidentin zu Gast in der Casa Rosada

Buenos Aires (AT/mc/dpa) – Die Nachricht war eine echte Überraschung, als Präsidentin Cristina Kirchner am Freitag vergangener Woche verkündete, dass die kubanische Regierung der Dissidentin und Ärztin Hilda Molina die Ausreise nach Argentinien gestattet habe (wir berichteten). Am Dienstag nun empfing Kirchner, die zwischenzeitlich in Genf war, die 66-jährige Medizinerin in der Casa Rosada. Dabei würdigte diese die Anstrengungen Cristinas zur Ermöglichung der Ausreise. Außerdem forderte Molina die Präsidentin dazu auf, auf internationaler Ebene darauf zu drängen, dass es in Kuba mehr Freiheit gebe. Es müsste einfacher möglich sein, das Land zu verlassen, damit kubanische Familien sich treffen könnten. Molina selbst musste 15 Jahre warten, ehe sie nun ihren Sohn Roberto Quiñones, ihre Schwiebertochter Verónica Scarpatti und ihre zwei Enkelkinder sehen konnte.

Die Präsidentin habe sich während des 70-minütigen Gesprächs sehr verständnisvoll für die Sorgen und Anliegen von Molina gezeigt, schildert die Familie: „Es war ein sehr gutes Treffen. Cristina hat uns wie eine Mutter und wie eine Präsidentin aufgenommen“, so Verónica Scarpatti.

Die Ausreise Molinas bedeutete zugleich die Beilegung einer langjährigen diplomatischen Krise zwischen beiden Ländern. Néstor Kirchner hatte während seiner Präsidentschaft zwei Briefe an Fidel



Hilde Molina wird bei ihrer Ankunft in Buenos Aires von ihrer Familie begrüßt.

Castro geschickt, mit dem Ziel, Molinas Ausreise zu erreichen. Cristina setzte dann die Anstrengungen ihres Mannes fort. Im Zuge eines allgemeinen politischen Tauwetters gegenüber dem sozialistischen Insel-Staat war im Vorjahr bereits die Ausreise von Molinas 90-jähriger Mutter möglich geworden. Auch der Vatikan machte sich für die Ausreise der Dissidentin stark.

Molina, die das internationale Zentrum für Neurologie in Kuba gegründet hatte und auch Parlamentsabgeordnete war, hatte 1994 ihre Ämter aus Protest gegen die Regierungspolitik niedergelegt. Doch Groll gegen Fidel und Raúl Castro hege sie nun nicht, wie die Medizinerin bei ihrer Abfahrt in Havanna sagte. Sie habe vor, nach ihrem Besuch in Argentinien nach Kuba zurückzukehren. Ihr Ausreisevisum sei zunächst für drei Monate ausgestellt worden, könne aber verlängert werden.

Hat Kirchner einen "Notplan" in der Tasche?

Aufregung um Berichte über vorgezogene Präsidentschaftswahlen

Buenos Aires (AT/mc) – Hohe Wellen schlägt derzeit die Diskussion über die Möglichkeit, die für 2011 geplanten Präsidentschaftswahlen vorzuziehen. Die Tageszeitung "Clarín" hatte unter Berufung auf gut unterrichtete Kreise berichtet, dass das Kirchner-Lager im Falle einer Niederlage bei den Parlamentswahlen am 28. Juni ein solches Prozedere in Erwägung ziehe. Grund: Man wolle nicht zwei Jahre lang gegen ein mehrheitlich von der Opposition dominiertes Abgeordnetenhaus regieren.

Nach der Veröffentlichung war die Aufregung allenthalben groß. Während die Kirchner-Mitstreiter sich beeilten, Dementis abzugeben und von "Schwachsinn" sprachen, hielten Oppositionspolitiker entsprechende "Notpläne" für durchaus wahrscheinlich.

Daniel Scioli, Gouverneur der Provinz Buenos Aires und hinter Néstor Kirchner Zweiter der Wahlliste der "Justizialistischen Front", bewertete die Spekulationen als "negativ" und "absurd". Er berichtete, dass die

zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in Genf weilende Präsidentin Cristina Kirchner empört reagiert habe. Und Justizminister Aníbal Fernández sprach von einer Kampagne, die überdecken solle, dass Néstor Kirchner in den meisten Umfragen für die Wahl am 28. Juni deutlich vor seinem Hauptkontrahenten Francisco De Narváez (Unión-Pro) liege. Dieser hingegen hält eine Vorverlegung der Präsidentschaftswahl für möglich: "Die Kirchner-Politik ist verrückt, und ich werde nicht zulassen, dass diese Verrücktheit Argentinien in eine Krise führt." Auch die Oppositionspolitikerin Elisa Carrió (Bürgerlich-Soziales Bündnis) sprach von einer wahrscheinlichen Annahme, dass Néstor Kirchner ein solches Manöver fahren könnte. "Die Mogelei der Justizialistischen Partei wird in zwei Wochen offenkundig sein", sagte "Lelita". Und der De Narváez-Verbündete Felipe Solá sprach einer "Pirouette gegen die Verfassungsmäßigkeit", die Kirchner "aus Verzweiflung" machen würde, um an der Macht zu bleiben.

WOCHENÜBERSICHT

«Goldschiff» gefunden

Ein im Januar unter mysteriösen Umständen im Südatlantik mit mehr als neun Tonnen Gold und Silber an Bord gesunkenes Schiff ist vor der argentinischen Patagonienküste geortet worden. Ob sich die Fracht im Wert von 16,4 Millionen Dollar (11,8 Millionen Euro) noch in dem Wrack befand, war am Freitag argentinischen Medienberichten zufolge unklar. Die Bergung musste wegen stürmischer See unterbrochen werden, soll aber in den kommenden Tagen erneut in Angriff genommen werden. Ein erster Versuch, das

Schiff zu bergen, war im April gescheitert. Der Eigentümer des Goldes, das Minenunternehmen Cerro Vanguardia, nannte damals als Grund zu hohe Kosten. Diesmal wurde die «Polar Mist» durch ein von dem Versicherer Lloyds in London beauftragtes Bergungsschiff gefunden. Mit Hilfe eines Ortungsgerätes habe die Expedition nachweisen können, dass es sich um das gesuchte Schiff handelt.

Justiz zeigt Härte

Die Justiz geht gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen der Ausschreitungen bei den Feier-

lichkeiten zum 61. Jahrestag der israelischen Staatsgründung in Buenos Aires weiter mit konsequenter Härte vor: So ordnete Bundesrichter Claudio Bonadío am Dienstag gegen neun der zwölf festgenommenen Aktivisten der "Revolutionären Aktionsfront" (FAR) und der "Bewegung Teresa Rodríguez" (MTR) Vorbeugehaft während des Prozesses an. Den Angeklagten wird unter anderem vorgeworfen, gegen das Anti-Diskriminierungsgesetz vorstoßen zu haben. Außerdem müssen sie sich für Körperverletzungen verantworten. Martín Alderete, der Verteidiger der Beschuldigten, wies hingegen darauf hin, dass seine Mandanten nicht aus antisemitischen Motiven gehandelt hätten, sondern um gegen die Politik Israels zu demonstrieren. Was die Körperverletzungen betreffe, müsse erst geklärt werden, wer mit den Übergriffen begonnen habe, so der Anwalt.

„Eigene Nation“

Es war ein historischer Tag für die Ranquel-Indianer, die in der

Provinz San Luis ein eigenes Territorium feierlich einweihen konnten. Auf einer Fläche von 2.500 Hektar sind die Indigenes nun ihre eigenen Herren. Bereits vor knapp zwei Jahren begann die Geschichte des Projektes, als Provinz-Gouverneur Alberto Rodríguez Saá den Indianern das Areal ihrer Vorfäter zurückgab. In der Zwischenzeit entstanden hier 24 Häuser, eine Schule und ein Hospital. Auch dies gefördert durch die Regierung von Rodríguez Saá, der selbst indigene Wurzeln hat. Die Ranquel können auf dem Gebiet ihre Angelegenheiten selbst verwalten. So darf zum Beispiel die Provinzpolizei das Territorium nicht betreten. „Die Ranquel-Indianer sind nun eine eigene Nation mit allen Rechten“, so der Gouverneur. Jorge Lauen Correas, der Häuptling der Kuien Like-Indianer von Mendoza, forderte, dass das Handeln von Rodríguez Saá Vorbild für andere Gouverneure sein müsse. Es gehe nicht nur darum, den Indianern ihre usurpierten Güter zurückzuerstatten, son-

dern ihnen auch die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Identität wiederzuerlangen.

US-Mission geschlossen

Die US-Militärmission im argentinischen Verteidigungsministerium ist geschlossen worden. "Es gibt ja auch keine argentinischen Militärs im Pentagon", begründete die argentinische Verteidigungsministerin Nilda Garré die Entscheidung mit dem Verweis auf mangelnde Gegenseitigkeit. Gleichwohl unterstrich Garré, dass es durch die Maßnahme zu keinen diplomatischen Problemen mit den USA gekommen sei. Im Gegenteil habe die Regierung von Barack Obama entgegenkommend auf den argentinischen Wunsch reagiert. Dieser wurde bereits vor Monaten formuliert und dann in diskreter Form verhandelt. "Mir scheint es offensichtlich logisch: Im Bereich der argentinischen Verteidigung sollte man keine ausländischen Kräfte haben", so Garré.

Nur noch ein Narváez

Gute Nachricht für Francisco De Narváez (Unión-Pro): Das nationale Wahlkammergericht annullierte endgültig die Kandidatur von Fernando Narváez (Pasib) in der Provinz Buenos Aires. Francisco De Narváez, der PJ-Dissident und Hauptkonkurrent von Néstor Kirchner, hatte beklagt, dass durch das Erscheinen seines Namensvetters auf den Wahlzetteln Verwirrung gestiftet werde und Stimmen, die für ihn bestimmt seien, auf eine andere Liste abgelenkt würden. Dahinter vermutete er eine List Kirchners. Im Vorfeld durchgeführte Test-Abstimmungen hatten ergeben, dass der Unión-Pro-Kandidat bis zu 15 Prozent durch den Namensvetter einbüßen würde. Und dies nur aus Gründen der Verwirrung. Zudem erklärte das Gericht auch die Kandidatur von Luis Abelardo Patti für ungültig, da dieser wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist. Auch dies kommt De Narváez entgegen. Er und Patti buhlten um ähnliche Wählerschichten. (AT/mc/dpa)

Wahlpolitische Zweikämpfe

Allgemeine Parlamentswahlen für Nationaldeputierte und -senatoren, Provinzabgeordnete und -senatoren sowie Gemeinderäte, wie sie für den 28. Juni landesweit einberufen worden sind, interessieren grundsätzlich nur die Wähler in ihren Wahlbezirken, das sind 24 Gliedstaaten und über 2000 Gemeinden. Indessen wurden diese Parlamentswahlen durch die Wahltaktik des Expräsidenten Néstor Kirchner, Listenster in der Provinz Buenos Aires für die nationale Deputiertenkammer, fernab von seiner Heimatprovinz Santa Cruz, wo er bisher stets gewählt hat und gewählt wurde, als eine Art Plebiszit für oder gegen das Ehepaar Kirchner vorgestellt, indem das sogenannte Regierungsmodell, lies die seit Mai 2003 obwaltende Regierungspolitik, als Sieg oder Niederlage dargestellt wird, als ob sogar in der kleinsten Gemeinde nur das sogenannte Modell das Wahlthema wäre.

Die politische Realität präsentiert sich anders. Auf nationaler Ebene (Deputierte in 24 Gliedstaaten und Senatoren in acht Provinzen) gilt vielerorts das Dilemma für oder wider Kirchner, insbesondere in der Stadt Buenos Aires und den Agrarprovinzen Santa Fe und Córdoba sowie in Mendoza, wo Radikale seit der Rückkehr des Vizepräsidenten Julio Cobos in den Schoß der Partei und die traditionellen Konservativen vorherrschen. In der autonomen Stadt Buenos Aires hat ihr Regierungschef Mauricio Macri weitgehend das Sagen. Macri ist Gegner Kirchners und wird von dessen Gefolgsleuten gerne verteufelt.

Darüber hinaus laufen die Wahlen auf zwei verschiedene Zweikämpfe, die auf die Präsidentschaftswahlen von 2011 abfärben werden. Einmal spielt sich der heißeste Wahlkampf sicherlich in der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires ab. Dort führen Néstor Kirchner, derzeit Vorsitzender der Justizialistischen Partei, und Gouverneur Daniel Scioli die Deputiertenliste der Justizialistischen Partei und ihren Parteisiegel Front für den Sieg. Die meisten Umfragen geben dieser Liste einen Vorsprung von 5 bis 10 Prozentpunkten bei 38 Prozent der Stimmen. Ihr folgte die Liste der Allianz zwischen den dissidenten Justizialisten und PRO von Macri, der damit in den Wahlkampf der benachbarten Provinz Buenos Aires einstieg. In der Vorwoche ermittelte Poliarquía einen überraschenden Vorsprung dieser Liste von etwa drei Prozentpunkten vor Kirchner, die statistisch soviel wie ein Patt signalisieren. An dritter Stelle mit großer Distanz bei rund 20 Prozent der meisten Umfragen kämpft die Koalition der UCR, ihre Abtrünni-

gen, die Sozialisten und andere Parteien mit Margarita Stolbizer, UCR-Abtrünnige, und Ricardo Alfonsín, Sohn des unlängst verstorbenen Expräsidenten Raúl Alfonsín. Das Wahlergebnis wird viele Weichen für die Präsidentschaftswahlen stellen.

Der andere Zweikampf spielt sich in der Provinz Santa Fe ab, die seit 1854 noch nie einen Präsidenten gestellt hat. Hier stehen drei Senatsposten zur Wahl. Senator Carlos Reutemann wirbt um seine Wiederwahl und kämpft formell gegen den Sozialisten Rubén Giustini, der auf den Gouverneur Hermes Binner hört, der auch Partreiszozialist ist. Reutemann und Binner sind beide geachtet als anständige und nicht aggressive Politiker und figurieren längst in der kurzen Liste der möglichen Präsidentschaftskandidaten. Als Dritter mit Abstand meldete sich die Front für den Sieg namens Kirchner mit dem Fraktionsvorsitzenden Agustín Rossi der nationalen Deputiertenkammer, allerdings nur als Deputierter, der Reutemann Stimmen abwirbt. Die ersten Umfragen kündigten einen bequemen Wahlsieg Reutemanns an, die letzten nähern sich einem Patt. Reutemann erklärte dieser Tage, auch wenn er nur mit einer Stimme siege, werde er sich um die Präsidentschaftskandidatur bewerben, womit er signalisierte, dass er im Fall seiner Niederlage, auch wenn er dann den Trostpreis als Senator für die Minderheit erhalte, nicht kandidieren würde. Ein Sieg Reutemanns würde bedeuten, dass ihn viele Justizialisten als Kandidaten aufstellen würden, darunter sicherlich mehrere Gouverneure, so dass der Kampf gegen Néstor Kirchner, sollte sich dieser ebenfalls um die Kandidatur für 2011 bewerben, bald entflammt. Reutemann will in diesem Fall auf einer Internwahl der Justizialistischen Partei beharren, die Kirchner bisher abgelehnt hat..

Die beiden Zweikämpfe werden die Wahl entscheiden und lange Schatten auf die nachfolgenden Präsidentschaftswahlen werfen. Sicherlich hat Kirchner deshalb diese Parlamentswahlen als ein Plebiszit für oder wider das Ehepaar Kirchner vorgestellt, das das sogenannte Modell pausenlos vertritt, in dem laut ihren Wahlkampfreden die Landwirtschaft nicht existiert, indem sie nie erwähnt wird, als ob sie nicht den Großteil der Exporte und ein Drittel aller Arbeitsplätze bestreitet sowie der Industrie und den Dienstleistungen zu vorher unbekannter Blüte verholfen hätte. Eine eigenartige Sicht Argentiniens als weltbekanntes Agrarland.

Im Blickfeld

Massen gegen Mullahs

Von Stefan Kuhn

Das Volk erhebt sich gegen Wahlbetrug und Unterdrückung, das Regime schlägt zurück. Natürlich hegt man im Westen Sympathie für die Proteste im Iran, fühlt mit den Opfern. Manche vergleichen die Geschehnisse bereits mit dem Massaker vom Tian'anmen-Platz in Peking, wo vor 20 Jahren die kommunistischen Machthaber eine aufkeimende Demokratiebewegung blutig niederwalzen ließen. Doch solche Vergleiche hinken. In Teheran gehen Menschen auf die Straße, die ein Wahlergebnis nicht akzeptieren. Ob dieses Ergebnis wirklich gefälscht wurde, darüber mag man streiten. Sicher ist, dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Wahl deutlich gewonnen hat. 63 Prozent lassen genug Spielraum, um selbst größere Unregelmäßigkeiten zu korrigieren. Es gibt nicht wenige Iran-Experten, die meinen, das Wahlergebnis spiegele die politische Wirklichkeit im Iran wider. Ahmadinedschad hat viele Anhänger, nicht nur im konservativen Klerus, sondern auch in ländlichen Regionen und bei ärmeren Schichten, bei denen sein Kontrahent Hossein Mussawi nicht ankommt. Dessen Basis sind das Bildungsbürgertum und der Mittelstand. Leicht vergisst man auch, dass die konfliktive Außenpolitik Ahmadinedschads, die Atompolitik und die Feindschaft gegenüber Israel im Iran breite Unterstützung finden.

Aber das eigentliche Problem heißt nicht Ahmadinedschad. Die Macht im Iran hat der religiöse Führer Ajatollah Ali Chamenei, der Oberbefehlshaber der Armee und der Revolutionswächter (Pasdaran). Dazu kommt noch als Kontrollinstanz der zwölfköpfige Wächterrat. Ihm gehören je zur Hälfte Juristen und Geistliche an. Der Wächterrat wählt Kandidaten für die Parlamentswahlen aus und entscheidet damit wesentlich über dessen Zusammensetzung. Er muss zudem allen Gesetzen zustimmen. Der Rat trifft auch eine Vorauswahl der Kandidaten für das Amt des Präsidenten. Ohne Wächterrat und Religionsführer läuft im Iran politisch nichts.

Allein sind die Proteste der Mussawi-Anhänger auch nicht ganz chancenlos. Bisher haben sie zu einer Neuauszählung der Stimmen geführt. Das wird zwar keine großen Änderungen bringen, aber im-

merhin reagiert das Regime besonnener. Es geht ja auch nicht um Proteste einiger Unzufriedener, sondern um Millionen. Ihre Führer sind Teil der klerikalen Nomenklatur. Der Riss geht auch nicht nur durch die iranische Gesellschaft, sondern auch durch den herrschenden Klerus. Akbar Haschemi Rafsandschani, Ex-Präsident und derzeit Vorsitzender des Expertenrates, der den Religiösen Führer wählt und absetzen kann, hat die Kandidatur Mussawis unterstützt. Ebenso der frühere Präsident Mohammad Chatami. Die Hardliner täten gut daran, die Dynamik der Masse nicht zu unterschätzen.

Das Drängen auf Reformen ist legitim, der Anlass weniger. Vorausgesetzt es stellen sich nicht ganz massive Wahlfälschungen heraus, widerspricht es demokratischen Gepflogenheiten, eine Wahl Niederlage nicht zu akzeptieren. Demokratie ist nun einmal die Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit. Abgesehen davon, dass das politische System des Iran eine Mischung zwischen Demokratie und Theokratie ist und die Kandidatenvorauswahl des Wächterrats ein gewaltiges demokratisches Defizit, liefen bisherige Wahlen demokratisch ab. Mit Chatami wählten die Iraner 1997 einen reformorientierten Präsidenten. Er erreichte bei seiner ersten Wahl 71 Prozent der Stimmen, bei seiner Wiederwahl 2001 sogar 78 Prozent. Ahmadinedschads Ergebnisse muten dagegen mager an. Er kam vor vier Jahren in einer Stichwahl gegen Chatamis Vorgänger Rafsandschani auf 61 Prozent.

Aus den Ergebnissen kann man dennoch nicht ableiten, dass es im Iran eine Reformmehrheit gibt. Obwohl es auch vor vier Jahren Manipulationsvorwürfe gab, hat Ahmadinedschad den damaligen Wahlerfolg seinem sozialpolitischen Programm, der Abgenutztheit Rafsandschani und der Unzufriedenheit über Chatami zu verdanken. Chatamis Reformversuche scheiterten letztendlich an der religiösen Führung. Rafsandschani ist Geistlicher und einer der reichsten Männer des Iran. Ahmadinedschad dagegen gilt als Mann des Volkes. Man mag ihn als Holocaust-Leugner und wegen seiner Hasstiraden gegen Israel verabscheuen, aber die Iraner haben ihn gewählt. Das sollte im In- und Ausland akzeptiert werden.

Randglossen

Nur noch eine Woche fehlt bis zur Wahl am 28. Juni. Der Wahlkampf spitzt sich überall zu. Auch die Bürgermeister, die nicht zur Wahl ausstehen, bemühen sich verständlicherweise um Stimmen für ihre Gemeinderäte, weil sie mit Mehrheiten regieren wollen, ebenso wie die Gouverneure mit den Provinzlegislativen und die Präsidentin mit dem nationalen Kongress. Zuweilen stimmen die Wahlabsichten der Gemeindebürger zwar mit denen ihrer Bürgermeister überein, aber nicht unbedingt mit den nationalen Kandidaten für Abgeordnete oder Senatoren, weshalb davon die Rede ist, dass die Wähler die Wahlzettel abschneiden, um dann andere Kandidaten für die nationalen Parlamentarier wählen, als die für Provinzabgeordnete und Gemeinderäte. Diese Prozedur, Spanisch genannt "corte de boletas", dürfte hauptsächlich

Néstor Kirchner und Daniel Scioli insbesondere in den heiß umstrittenen Bezirken im Halbkreis um die Stadt Buenos Aires schaden.

Die bisher einzige echte Fernseh-debatte der vier Spitzenkandidaten Gabriela Michetti für PRO, Alfonso de Prat Gay für die bürgerliche Koalition, Pino Solanas für das Projekt Süden und Carlos Heller für die Front für den Sieg hat hauptsächlich für politische Unterhaltung gesorgt, aber weder Sieger noch Besiegte hervorgebracht. Solche Veranstaltungen, an denen sich der Spitzenkandidat Néstor Kirchner niemals beteiligt hat, zeigen die Kandidaten, wie sie sind und agieren, und mögen den einen oder anderen Wähler umstimmen. Als demokratische Übung sind Debatten sicherlich zu empfehlen, aber für den Stimmenfang wirken meist andere Kommunikationsstrategien wie Radio- oder TV-Inter-

views, direkte Begegnungen mit den Wählern oder in Argentinien übliche Tricks, wie das Verschenken von Haushaltsgeräten und allerlei Subventionen.

Das ist eine schöne kommunistische Räuberpistole. Wer sich schon immer gefragt hat, woher das bitterarme Nordkorea seine Devisen holt, hat jetzt die Antwort: Von denen, die zuviel haben. Kim Jong Il und Genossen schröpfen westliche Versicherungen auf recht einfache Weise: mit klassischem Versicherungsbetrug. Davon jedenfalls gehen die Versicherer aus. Wann immer ein Hubschrauber in ein Kaufhaus stürzt oder ein Zug verunglückt, fließen Dollar, Pfund und Euro. Nachprüfen kann das kaum jemand, objektive Untersuchungen sind nicht möglich. Selbst inszenierte Unglücksfälle sind denkbar. Inzwischen ist das Geschäft für Kim & Co. aller-

dings härter geworden. Inzwischen ist Nordkorea ein nicht versicherbarer Risikofall.

Er kann auch anders. Wer glaubt, Barack Obama könne keiner Fliege etwas zuleide tun, täuscht sich gewaltig. Der US-Präsident ist ein Mann der Tat. Am Dienstag erschlug er eines dieser lästigen Insekten bei einem Interview vor laufender Kamera mit der Hand und verkündete sichtlich zufrieden: "Das war ziemlich beeindruckend, oder? Ich hab das Mistvieh gekriegt." Der Neue ist also doch kein Zauderer und Weichei, sondern schlagfertig und entschlossen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger George W. Bush zeigt Obama noch andere Vorzüge. Er räumt den Unrat, den er hinterlässt, auch selbst auf. Nach dem Interview beseitigte er das tote Stubentier mit Hilfe einer Serviette.

„Das war wildromantisch. Das gibt es heute gar nicht mehr.“

Von Dorothee Kammel

„Er liebte die Freiheit von Argentinien,“ erzählt seine Frau Irmela. El Indio Blanco – der weiße Indianer. So nannten ihn die Menschen, mit denen Kurt Johannes Steudtner zusammen lebte und arbeitete. Mysteriös klingt er, dieser Titel. Geheimnisvoll. Man denkt an Federschmuck, an sonnengegerbte Haut. Wie kommt ein Deutscher, der in Argentinien lebte, zu einem solchen Namen?

Mit 18 Jahren kam er von Hamburg nach Buenos Aires. Das argentinische Militär hatte ihm eine Stelle bei der Kavallerie angeboten. Pferde, das war sein Leben! Deutschland in den 1930er Jahren empfand er als einengend. Er wollte raus und Neues entdecken, doch er konnte kein Wort Spanisch. Um sprachlich nicht völlig nackt dazustehen und hilflos in Buenos Aires anzukommen, begann er bereits auf dem Schiff, Vokabeln zu pauken. Die gotische Schrift musste er gegen die lateinischen Lettern austauschen und die deutsche Mentalität gegen argentinisches *laissez-faire*. Was ursprünglich nur ein Jahr dauern sollte, wurde zu einer Reise ohne Rückfahrchein. Am Tag der geplanten Rückreise fuhr das Schiff aus dem Hafen in Buenos Aires. Plötzlich hieß es Halt! und umkehren. Noch im Hafen drehte das Schiff. Der 2. Weltkrieg war in Europa ausgebrochen und die Überfahrt zu riskant. Alle Insassen, mit ihrem Hab und Gut, mussten wieder zurück, und der Traum, sich in Deutschland wieder, oder erstmals niederzulassen, war mit einem Schlag geplatzt. Kurt Steudtner musste seine Lebensplanung komplett neu ausrichten und von nun an sollte Argentinien seine Heimat sein. Seine Eltern sah er nie wieder. „Aber er war niemand, der der Vergangenheit nachtrauert. Er lebte voll im Hier und Jetzt“, bekräftigt seine Ehefrau.

Was macht ein Deutscher in einem Land, das das eigene Land gröbentechisch wie einen Wal verschlucken könnte? Dessen Bewohner auf dem Land in den 40er Jahren unter einfachsten Umständen lebten und oft kein fließendes Wasser, geschweige denn Strom besaßen? Fließt Pioniergeist durch seine Adern, dann zieht er los, und entdeckt die Umgebung. So war es bei ihm. Er probierte sich aus. Er zog durch das Land, floh aus der Kaserne in Campo de Mayo, weil er die dortigen Spannungen nicht mehr aushielt und machte sich auf den Weg Richtung Süden. Patagonien mit seinen weiten unbewohnten Landschaften zog ihn magisch an. Anstatt sich regulär eine Fahrkarte zu kaufen, kletterte er unbemerkt auf das Dach eines Zuges, als dieser langsamer fuhr. Er versteckte sich unter einer Plane in einem der Güterwaggons und hoffte, sicher anzukommen. Falsch gedacht! Plötzlich hält der Zug an, er hört Stimmen, ein paar andere schwarze Passagiere sind aufgefliegen. Jetzt suchen sie weiter. Er bleibt regungslos in seinem Versteck liegen und wartet. Aber die Schritte nähern sich, er hört die Stimmen jetzt ganz nah. Plötzlich spürt er etwas Spitzes, die Spitzen der Säbel der Polizisten stochern nach dem Unbekannten, kratzen über den Boden des Waggons, aber erreichen ihn nicht. Er klammert sich fest und verharrt regungslos. Die Sekunden vergehen. Irgendwann geben die Männer auf und gehen verärgert weg. Ein Stein, gefühlt so groß wie ein Berg, fällt ihm vom Herzen. „Etwas Nervenkitzel und fern ausgetretener Pfade zu wandeln, das spornte ihn an“, erzählt seine Frau.



Aber er hatte wenig Sitzfleisch und so führte ihn ein Zickzack-Kurs durch das Land, von Patagonien über die Grenze nach Chile, dann wieder zurück nach Argentinien. Sein letzter Stop war Fjambalá, in der nordwestlichen Provinz Catamarca. Obwohl Pferde ursprünglich seine Leidenschaft waren, wagte er sich auch an Neues heran und wurde schicksalsbedingt zum Schafzüchter. Dann wieder trocknete er Salz, weit oben in den Bergen Catamarcas, und die Maultiere trugen es mühsam ins Tal. Die Nächte in der Puna, der Hochebene, waren bitter kalt, die Tage brütend heiß. Wollte er längere Strecken mit den Lasttieren zurücklegen, musste er sich im Sommer zwischen 50 Grad im Schatten am Tage und beißenden Minusgraden nachts entscheiden. Die dünne Luft schnürte die Kehle zu und harte körperliche Arbeit strengte noch mehr an. Auch die Tiere konnten nur langsam treten und hoch oben in den Bergen waren oft Wind und Wetter die eigentlichen Herren. Doch Jota-Ka hatte bei allem was er tat eine erstaunliche Gabe: Er passte sich seiner Umwelt an und schraubte die Ansprüche zurück. Oft war er nur in einfachen „ojotas“ unterwegs, vergleichbar mit den heutigen Flip-flops, die damals aus Autoreifen waren. Als er das Salz aus den Bergen ins Tal brachte und auf seinem weißen Maultier ritt, umflankt von einer Gruppe schwarzer Mulis, sagte jemand: „Ahi va el Indio Blanco con sus mulas negras“ - „Dort reitet der weiße Indio mit seinen schwarzen Maultieren“. Sein Name war geboren. Von nun an war

er der weiße Indianer.

Aber das wilde und autarke Leben in den Bergen hatte seine Schattenseiten. Es gab niemanden, mit dem er sich in seiner Muttersprache unterhalten oder über schöngeistige Dinge debattieren konnte. Sein Spanisch war zwar fließend, aber doch nicht seine Muttersprache und ein leichter Akzent, der seine Herkunft verriet, hielt sich.

Manchmal besteht das Leben aus Zufällen, und so veränderte eine anscheinend unscheinbare Begebenheit sein bisheriges Leben. Bei einem seiner Besuche im Dorf ging er wie immer nach einer längeren Zeit im Gebirge zum Friseur. Die langen Haare passten in die Berge, aber er genoss auch die Verwandlung zum gut gekleideten Mann, der sich souverän in der zivilisierten Gesellschaft bewegen kann. Während er beim Friseur wartet, blättert er gedankenverloren in einer Zeitschrift. Plötzlich sticht ihm eine Anzeige ins Auge: „Junge deutschstämmige Brasilianerin sucht intellektuellen Briefkontakt“. Er wird neugierig, reißt die Seite raus und schreibt ihr. Was gemächlich und ohne Eile beginnt, entwickelt sich mit der Zeit zu einem Lebenselixier für beide Seiten. Dann kommt es endlich zum Treffen von Angesicht zu Angesicht. Die tiefe Bindung, die bereits durch die Briefe entstanden war, hatte auch im richtigen Leben Bestand. In ihrem ersten gemeinsamen Urlaub leben sie die gemeinsame Leidenschaft für Pferde aus: sie reitet wild, wie sie es von klein auf gelernt hat, er beherrscht beim Reiten die hohe Schule der Dressur.

Die junge Deutsch-Brasilianerin und der Deutsche mit den Sandalen aus Autoreifen zogen von nun an gemeinsam durchs Leben. Das Leben eines Vagabunden hatte ein Ende und am Ende wurde Salta seine feste Heimat. Jota-Ka starb im April 2009 in Salta. Seine Erlebnisse in Argentinien hat seine Frau, Irmela Fangauf, im Buch „El Indio Blanco“ festgehalten.

AUSFLÜGE UND REISEN

Wintersonnwendfeiern in Argentinien



Wintersonnwendfeier am Wendekreis des Steinbocks (Humahuaca).

Bei der morgigen Sonnenwende geht unser Zentralgestirn in Buenos Aires kurz vor acht Uhr auf und um fünf Minuten vor sechs unter, die Tagesdauer beträgt neun Stunden und 48 Minuten.

Doch nicht allenthalben im Lande ist der Tag so kurz: Im Nordwesten von Jujuy an der bolivianischen Grenze dauert er knapp elf Stunden, dafür in Ushuaia nur acht Stunden und am Kap Hoorn weniger als sieben.

Mehrere Tage vor und nach

dem 21. bleiben die Tage gleich lang, die Sonne scheint während etwa zwei Wochen an denselben Punkten des Horizonts auf- und unterzugehen. Daher Solstitium = die unbewegliche Sonne.

Seit alters her feierten viele Urvölker Südamerikas dieses Ereignis, besonders im alten Peru, wo die Inkas das sehr malerische und bis heute überlieferte Inti Raymi zelebrierten: von nun ab kehrte die Sonne langsam wieder zurück (Inti = Sonne, Raymi = Fest auf Ketschua).

Die Naturvölker des heutigen Argentinien waren in Astronomie nicht so gut bewandert wie die weiter nördlich lebenden Stämme, wie die Aymará in Bolivien und die Inkas in Zentralperu. In jüngster Zeit wurde aber die Sonnenwende an verschiedenen Örtlichkeiten in das Tourismusprogramm aufgenommen. So in Ushuaia, wo die kürzeste Nacht mit verschiedenen Veranstaltungen gefeiert wird, oder neuerdings auch in Catamarca. Die Fremdenverkehrsdirektion hat das Städtchen Santa María de Yokavil zum Zentrum der Sonnwendfestlichkeiten auserwählt, wo während des ganzen laufenden Wochenendes Delegationen der Eingeborenenstämme gemeinsam tanzen, singen und die Traditionsgerichte wie Humitas, Tamales, Locro usw. schlemmen. Am morgigen Sonntag um 8 Uhr 24 Minuten wird auf einem Hügel unweit der Stadt der (lokale) Sonnenaufgang beobachtet und gefeiert. Alle Welt ist in den traditionellen bunten Trachten gekleidet.

Doch nicht allein in Catamarca. In Humahuaca wird schon seit geraumer Zeit die Wintersonnen-

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

wende begangen, und zwar in der Nacht zum 21. Juni am Monument des Wendekreises des Steinbocks in der Ortschaft Huacalera. Hier, 23 Grad 27 Minuten südlich des Äquators, leuchtet im Dezember die Sonne absolut senkrecht, und stehende Objekte werfen keinen Schatten, doch jetzt ist der Schatten am längsten.

Junge Menschen umgeben dieser Tage das Monument, um bei Tanz und Singen die Nacht zu verbringen und das folgende Aufgehen der Sonne zu erwarten, die am Firmament nun langsam wieder näherzurücken beginnt. Die Lagerfeuer haben freilich in diesem Fall nicht allein symbolischen Wert, sondern helfen den Feiernden, in mehr als 2500 Meter Höhe und tiefstem Winter den eisigen Temperaturen zu trotzen.

AUTO UND MOTOR

Vier zu eins

Was sich fast wie das Ergebnis eines Fußballspiels liest, ist in Wirklichkeit Resultat der jüngsten statistischen Erhebungen: Mit knapp 40 Millionen Einwohnern kommen in Argentinien bei einem Bestand von fast zehn Millionen Automobilen ungefähr vier Personen auf einen Kraftwagen.

Einerseits eine positiv anmutende Meldung, wäre da nicht das berühmte Aber.

Denn leider sind bei uns die Autos - wie in so vielen anderen Ländern - ungleich verteilt: zu viele konzentriert in den Großräumen Buenos Aires, Rosario, Córdoba und Mendoza, zu wenige in den Randprovinzen.

In der Bundeshauptstadt besteht die höchste Massierung mit zwei Einwohnern pro Automobil, dahingegen kommen in Formosa und Santiago del Estero rund zwölf Personen auf ein Auto.

Das führt dann, wie man aus dem Alltagsbetrieb nur zu gut weiß, zu ewig langen Staus und zu den zunehmenden Parkproblemen.

Mit vier zu eins befindet sich Argentinien auf der Welt im Mittelfeld. In den USA kommen 2,2 Menschen auf einen Pkw, in Deutschland zwei, in Italien sogar nur 1,6 Menschen auf ein Auto.



Fahrzeugmassierung in Buenos Aires.

China, bisher (neben Holland und Dänemark) das Land des Fahrrads, hat es bisher noch gut: 58 Einwohner müssen sich ein Auto teilen. Der Weltdurchschnitt beträgt circa zehn zu eins.

In Argentinien muss allerdings eine besondere Rechnung aufgestellt werden. Denn auf dem Land befinden sich Hunderttausende von Fahrzeugen auf dem Abstellgleis. Sie werden entweder nur selten oder überhaupt nicht benutzt, weshalb man den aktiven, also rollenden Fahrzeugpark auf etwa acht Millionen schätzen darf.

Für manchen mag erstaunlich klingen, dass Buenos Aires durchaus nicht die Stadt mit der

höchsten Wagendichte ist: In wohlhabenden Gemeinden in den Provinzen kommt man beispielsweise in General Pico (La Pampa) auf 1,8 Bewohner pro Auto, in Rafaela (Santa Fe) auf 1,9 zu eins. Río Gallegos (Santa Cruz), Río Grande (Feuerland), San Rafael (Mendoza), Ushuaia und Cipolletti (Río Negro) haben ebenfalls eine sehr hohe Fahrzeugdichte.

Noch im Jahr 1995, zur Mitte der Präsidentschaft Menems, betrug bei uns das Verhältnis sechs zu eins.

Die Ankündigungen der Präsidentin

Am Dienstag hielt die Präsidentin Cristina Kirchner eine ihrer üblichen Ansprachen, die über Fernsehen übertragen werden. Dabei sprach sie sich zum ersten Mal positiv über die Landwirtschaft aus und würdigte den technologischen Fortschritt, der auf diesem Gebiet stattgefunden hat. Sie sagte sogar, dass Argentinien bezüglich der Getreideproduktion weltweit ein Vorbild sei.

CK sagte, die Dürre des letzten Jahres sei die drittschlimmste seit 1910 gewesen. Sie bezog sich dabei auf die Investitionen, die am Salado-Fluss (Provinz Buenos Aires) vollzogen worden sind, die jedoch nichts mit der Dürre zu tun haben, sondern dazu bestimmt sind, den Abfluss des Wassers bei Überschwemmungen im Westen der Provinz Buenos Aires zu ermöglichen. Diese Investitionen wurden jedoch zum grössten Teil vor den Kirchner-Regierung vollzogen. Sie erwähnte auch Investitionen ähnlicher Art in Santa Fé und anderen Orten, ohne zu erklären, um welche es sich handelt, die erlaubt hätten mehrere Millionen Hektar für die Landwirtschaft wieder einsetzen zu können. Jetzt sollen laut CK weitere 3 Mio. Ha nutzbar gemacht werden. Sie sagte: "Die Dürre muss aufgehoben, ein Risiko zu sein, indem ein Bewässerungsplan in Angriff genommen wird." Sie hat jedoch nicht erklärt, worin dieser Plan besteht, von dem bisher nichts bekannt war.

Was die Rinderwirtschaft betrifft, so sagte sie, es bestünden gegenwärtig 1.500 "feed lots", wobei es 2003, als NK als Präsident antrat, knapp über 100 gewesen seien. Sie bezeichnete dies als eine bedeutende technologische Entwicklung, und verglich sie mit der Einführung der direkten Aussaat bei der Agrarwirtschaft. Sie erklärte dann, dass die Genehmigungen für Rindfleischexporte in den ersten 5 Monaten 2009 um 169% über dem Vorjahr gelegen hätten, und dass nur 218 t fehlen, um die Hilton-Quote von 28.000 t zu vervollständigen.

Die konkrete Ankündigung für die Landwirte bestand in der Bekanntgabe eines Abkommens mit den Exporteuren, durch das diese

die Genehmigung erhalten haben, 1 Mio. t Weizen und 3 Mio. t Mais zu exportieren, wobei sie sich verpflichtet hätten, den Landwirten den vollen Preis zu zahlen. Dieser Preis besteht im internationalen Preis minus Exportzoll, Fracht und Exportkosten. Bisher zahlten die Exporteure jedoch weniger, weil sie den internen Kauf nicht mit einem externen Verkauf binden konnten, da dieser nur eventuell gelegentlich zugelassen würde. Wenn dann der Export schliesslich stattfand, machten die Exporteure dabei ein Extrageschäft auf Kosten des Landwirts. Jetzt müssten diese somit 10% bis 20% mehr erhalten.

Die Präsidentin kündigte auch die Reglementierung des Gesetzes 26.360 vom letzten Jahr an, das das System erweitert und zeitlich verlängert, das seinerzeit auf Initiative des ehemaligen Wirtschaftsministers (2002-2005) Roberto Lavagna eingeführt worden war. Das Gesetz sieht eine beschleunigte Abschreibung bei geförderten Investitionen vor (was die Last der Gewinnsteuer zeitlich verschiebt) und eine vorzeitige Rückgabe der MwSt., die auf Kapitalgüter gezahlt wird. Diese MwSt. wird sofort und nicht in Raten angerechnet. Das Gesetz sieht vor, dass die Kosten für den Fiskus auf jährlich \$ 1,2 Mrd. begrenzt werden, von denen \$ 200 Mio. für kleine und mittlere Unternehmen bestimmt sind. Die Produktionsministerin Debora Giorgi gab bekannt, dass schon \$ 85 Mio. eingesetzt worden seien, für Projekte von 30 Unternehmen, die insgesamt \$ 820 Mio. investieren werden. Dabei würden 1.670 Arbeitsplätze und Exporte für u\$s 820 Mio. jährlich geschaffen.

Die Präsidentin wies darauf hin, dass 2008 ein Rekord bei den Investitionen erreicht worden sei, mit 23% des Bruttoinlandsproduktes. Sie sagte, die Industrie habe am meisten der Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen, was eine Verringerung der Arbeitslosigkeit auf 7,3% erlaubt habe. Indessen besagt die offizielle Statistik, dass in den letzten Jahren die Dienstleistungen viel mehr Arbeitsplätze geschaffen haben.

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,78, ohne Veränderung gegenüber der Vorwoche und um 8,93% über Ende Dezember 2008. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.7.09 bei \$ 3,828, zum 30.9.09 bei \$ 3,91, zum 30.12.09 bei \$ 4,041, zum 31.3.10 bei \$ 4,156 und zum 30.6.10 bei \$ 4,2890.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet zum Donnerstag eine Abnahme gegenüber der Vorwoche von 8,36%, liegt jedoch um 41,70% über Ende Dezember.

Die Staatsbonds, die bei der Umschuldung von 2005 ausgegeben wurden, verzeichneten in einer Woche zum Donnerstag eine unterschiedliche Entwicklung. Par-Bonds in Pesos gingen um 4,52% zurück, lagen jedoch um 33,33% über Ende 2008; Discount-Bonds in Pesos stiegen um 13,90%, bzw. 16,24%; Boden 2014 stiegen um 17,85%, bzw. 78,95%, Boden 2012 fielen in einer Woche um 7,53%, lagen jedoch um 27,70% über Ende 2008; Boden 2013 fielen um 3,23%, notierten jedoch um 34,41% über Ende Dezember.

Die Reserven der ZB lagen zum 5.6.09 bei u\$s 46,35 Mrd. Im Laufe des Jahres verzeichnet der Stand der Reserven nur minimale Veränderungen. Der Notenumlauf lag mit \$ 80,08 Mrd. um 3,65% über der Vorwoche und um 4,76% unter Ende Dezember.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 5.6.09 mit \$ 213,56 Mrd., um 0,29% unter der Vorwoche und um 3,72% über Ende Dezember. Girodepositen nahmen in einer Woche um 1,45% und seit Jahresende um 2,61% ab, während Spardepositen um 6,63%, bzw. 4,64% zunahmen und Fristdepositen in einer Woche um 1,39% sanken, jedoch im Laufe des Jahres um 10,31% gestiegen sind. Dollardepositen lagen mit u\$s 11,70 Mrd. um 0,64% über der Vorwoche und um 21,31% über Ende 2008. Die Dollardepositen machten umgerechnet 20% der Pesodepositen aus.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires zu 13,42% diskontiert (Vorwoche: 13,07%), auf 60 Tage zu 14,07% (13,35%), auf 90 Tage zu 15,52% (14,79%), auf 120 Tage zu 17,04% (16,11%), auf 180 Tage zu 19% (18,74%) und auf längere Fristen zu 21,5% (22,36%).

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu \$ 73,20 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 75,40), und zu 24 Karat zu \$ 120,30 (\$ 123,10).

Das Statistische Amt (INDEC) hat ermittelt, dass das BIP im 1.

Quartal um 2% über der gleichen Vorjahresperiode lag, jedoch nur um 0,1% über dem 4. Quartal 2008, das wiederum um 0,5% unter dem 3. Quartal lag. Gemäss privaten Berechnungen verzeichnet das 1. Quartal 2009 gegenüber dem vorangehenden einen Rückgang von bis zu 2%. Im Wirtschaftsministerium wird laut Angaben der Wirtschaftszeitung "Ambito Financiero" für ganz 2009 mit einem BIP-Rückgang von 3,1% gerechnet. Die interanuelle Zunahme, die das INDEC für das 1. Quartal ermittelt, ist schwer zu erklären, nachdem die Getreideernte weit unter dem Vorjahr lag und die einzelnen Zahlen über Industrieproduktion (Kfz, Stahl u.a.) starke Abnahmen gegenüber dem 1. Quartal 2008 verzeichnen.

Die ZB berichtet, dass die Banken in 12 Monaten zum Februar ihr Nettovermögen um 14,2% erhöht haben. Die Banco Nación liegt dabei mit \$ 7,61 Mrd. mit Abstand an erster Stelle, gefolgt von den Banken Macro mit \$ 2,89 Mrd., Hipotecario mit \$ 2,64 Mrd., Francés mit 1,15 Mrd., Santander Rio mit \$ 2,08 Mrd., Galicia mit \$ 1,97 Mrd., HSBC mit \$ 1,73 Mrd., Patagonia mit \$ 1,59 Mrd., Provincia de Bs.As. mit \$ 1,57 Mrd., Nuevo Bisel mit \$ 1,43 Mrd., Ciudad Bs.As. mit \$ 1,37 Mrd., Citi mit \$ 1,36 Mrd., BICE

mit \$ 1,20 Mrd., Credicoop mit \$ 0,095 Mrd., San Juan mit \$ 0,91 Mrd., Nuevo Santa Fé mit \$ 0,87 Mrd., Argentina CFSA mit \$ 0,83 Mrd., Standard mit 0,82 Mrd., America Nat.Ass. mit \$ 0,75 Mrd und Itaú mit \$ 0,44 Mrd. Überraschend ist der steile Aufstieg der lokalen Bank Macro.

Das Erdölunternehmen Pluspetrol, das 1977 von den Familien Rey und Poli gegründet wurde und sich immer noch in argentinischen Händen befindet, hat US\$ 355 Mio. für das kanadische Unternehmen Petro Andina geboten, das einen Anteil von 5% an der argentinischen Erdölförderung hat (16.000 Barrel/Tag im Jahr 2008). Der Umsatz betrug 2008 u\$s 180 Mio., und der Gewinn u\$s 30 Mio. Das Unternehmen hat ausserdem Forschungsprojekte in Kolumbien und Trinidad-Tobago. Der Kauf erfolgt über Pluspetrol Resources Corporation N.V., mit Sitz in den Niederlanden. Pluspetrol hat in Argentinien einen Anteil von nur 2,5% an der Erdölförderung, jedoch von 7,1% an der Gasförderung, wobei Petro Andina auf diesem Gebiet nur einen Anteil von 0,12% hat. Pluspetrol hat 11 insgesamt Erdöl- und Gaskonzessionen in Neuquén und Salta, und betreibt auch das Camisea-Lager in Perú. Ausserdem hat die Firma ein Kraftwerk und ist Aktionär der Raffinerie Refinor.

Der Oberste Gerichtshof hat das Urteil der Berufungskammer widerrufen, das am 26. März 2009 die Aufhebung der Vollstreckung

von Forderungen des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP) bestimmt hatte. Das Urteil der Kammer gründete sich auf die Überlastung der Gerichte. Jetzt hat die AFIP vom Richterrat ("Consejo de la Magistratura") gefordert, dass er dafür Sorge, dass die zuständigen Gerichte mit dem notwendigen Personal ausgestattet werden.

Die Industrieproduktion verzeichnet im Mai laut Orlando Ferreres & Partner eine interanuelle Abnahme von 8,6%, die achte monatliche in Folge. Die ersten 5 Monaten 2009 lagen um 8,5% unter der gleichen Vorjahresperiode, wobei die Sparte Nahrungsmittel eine Zunahme von 9,5% verzeichnet, Zigaretten eine von 3,3%, Getränke eine von 2,5% und Pharma eine von 0,9%. Auf der anderen Seite weist die Grundmetallindustrie eine Abnahme von 39% aus, Maschinen und Anlagen eine von 31,3%, Papier eine von 14,2% und Kunststoffe eine von 10,2%.

Die Präsidentin Cristina Kirchner wohnte am Mittwoch der Legung eines Deckels von 3.000 Tonnen im Kernkraftwerk Atucha II bei, womit die Druckanlage geschlossen wurde. Sie erklärte, dies sei das Symbol der Beendigung des neoliberalen Modells, das das Land zur allgemeinen Verarmung und zur Verzweiflung geführt habe (sic!). Das Kraftwerk soll 2011 in Betrieb genommen werden.

Der ehemalige Präsident Néstor Kirchner, der die effektive Macht ausübt, erklärte, man müsse verrückt sein, um nach den Wahlen abzuwerten. Damit erteilte er den Befürwortern eines Abwertungsprunges eine kategorische Absage.

Carmen Argibay, Mitglied des Obersten Gerichtshofes, wies darauf hin, dass die Gerichte überlastet seien, weil die Klagen ständig zunehmen. Sie erklärte, der Staat sei der grösste Kläger und Verklagte, und riet, dass versucht werden müsste, dies zu korrigieren. Das Problem besteht darin, dass der Staat die Prozesse bis zum Obersten Gerichtshof weiterführt, auch wenn sie von vorne herein als verloren betrachtet werden, und auch nicht in der Lage ist, Kompromisslösungen auszuhandeln, weil kein Beamter die Verantwortung übernehmen will. Dies lässt sich jedoch lösen. Im privaten Bereich wird ein grosser Teil der Klagen durch gerichtliche Vermittlung ("mediación" oder "conciliación" bei Arbeitsprozessen) gelöst, die 1994 auf Initiative von Justizminister Rodolfo Barra eingeführt wurde. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Ricardo Lorenzetti, hatte schon gefordert, dass die Regierung die 750 freien Posten der Justiz (Richter, Gerichtsssekretäre u.a.) besetze. Das bedeutet jedoch höhere Staatsausgaben.

Der Ökonom M.A. Broda weist in einem Artikel der Zeitung "La Nación" (14.6.09) darauf hin, dass die argentinische Wirtschaft wahrscheinlich eine Talsohle erreicht habe. Das BIP liegt im 1. Quartal 2009 um 6,4% unter dem 3. Quartal 2008, aber bei abnehmender Tendenz: Dezember lag um 0,9% unter November, Januar um 0,7% unter dem Vormonat, Februar um 0,5% niedriger und März 0,3%. Für 2009 erwartet Broda einen Handelsbilanzüberschuss von u\$ 15 Mrd., gegen nur u\$ 7 bis u\$ 9 Mrd., die vor einigen Monaten geschätzt wurden. Die Kapitalflucht weist ebenfalls eine abnehmende Tendenz auf: u\$ 2,8 Mrd. im März, u\$ 1,8 bis u\$ 2 Mrd. im April und u\$ 1,2 bis u\$ 1,4 Mrd. im Mai. Der reale multilaterale Wechselkurs ist seit November um 13,7% gestiegen und liegt bei 1,97 (mit Dezember gleich eins als Basis).

Aus den Angaben über das System der Sozialen Sicherheit, die die AFIP vermittelt, die sich auch mit diesen Einnahmen befasst, geht hervor, dass die Unternehmen im März angeben haben, 367.000 Arbeitnehmer weniger als im Dezember zu haben (minus 6,2% bezogen auf die Gesamtbelegschaft). Gegenüber dem 3. Quartal 2008 betrug die Abnahme 131.900 Beschäftigte. Im interanuellen Vergleich zum März ist die Zahl der selbstständig Tätigen, die Beiträge leisten, um 9,9% zurückgegangen, während die Zahl der Einheitssteuerzahler um 15% zugenommen hat. Immer mehr Steuerzahler gehen auf dieses System über, bei dem sie weniger Steuern zahlen, keine komplizierten Formulare ausfüllen müssen und faktisch nicht kontrolliert werden.

Die Leiter der Spitzenverbände der Landwirtschaft haben darauf hingewiesen, dass von den 15.500 Milchbetrieben, die 2003 tätig waren, um die 5.000 geschlossen haben. Diese Tendenz geht weiter: gegenwärtig geben etwa drei Milchbetriebe pro Tag auf. Dennoch war die Milchproduktion im 1. Quartal 2009 mit 1.581,2 Mio. Litern um 6,2% höher als im Vorjahr. Die Futterreserven sind gegenwärtig sehr niedrig. Der Vorsitzende des Verbandes der Milchbauern, Guillermo Draletti, wies darauf hin, dass die Ernährung einer Kuh zwischen \$ 9 und \$ 12 pro Tag koste, während der Landwirt bei 14 Liter pro Tag \$ 10,50 erhalte. Die Regierung verteilt Subventionen an Milchbauern, die bis zu 3.000 Liter pro Tag liefern, was jedoch angeblich nicht ausreicht.

Das baskische Unternehmen Kaikū hat eine Käsefabrik in San Martín de las Escobas, Provinz Santa Fé, in Betrieb genommen, mit einer Kapazität von 4.200 Jato Käse und einem erwarteten Jahres-

umsatz von umgerechnet u\$ 13,2 Mio. Weltweit hat Kaikū 2008 einen Umsatz von E 245 Mio. erreicht.

Das australische Bergbauunternehmen Troy Resources kündigte die Aufnahme des Gold- und Silberbergwerkes Casoso, Provinz San Juan, im Jahr 2010 an. Die Investition wird auf \$ 350 Mio. geschätzt, wobei \$ 74 Mio. aufgewendet wurden, um die Bergbaurechte von der kanadischen Intrepid Minerals zu erwerben, die schon Forschungsarbeiten vollzogen hatte. Die Goldreserven werden auf 400.000 Unzen Feingold geschätzt.

Das Arbeitsministerium hat die obligatorische Schlichtung beim Konflikt der Metallindustrie verfügt, aber mit der Auflage, dass die Unternehmen jedem Arbeitnehmer \$ 500 zahlen müssen, die vor dem 26. Juni (also vor den Wahlen) auf das Konto jedes Einzelnen deponiert werden müssen. Die Gewerkschaft hatte 22% gefordert und mit Streik gedroht. Die Unternehmer weisen auf die Rezession hin, wobei etwa 7.500 Arbeiter die Subvention von \$ 600 monatlich erhalten (Plan "Repro"). Viele Unternehmen, die somit nicht einmal die normalen Löhne zahlen können, würden jetzt auch diese \$ 500 nicht zahlen können.

Das Erdölunternehmen Pan Amecian Energy hat am Dienstag ein Abkommen mit den Provinzregierungen von Santa Cruz und Chubut unterzeichnet, das sich auf eine Anfangsinvestition von u\$ 80 Mio. bezieht, um ein Forschungsprojekt im Golf von San Jorge in Angriff zu nehmen. Es handelt sich hier um ein gemeinsames Vorhaben mit den provinziellen Unternehmen Petrominera Chubut und Formictuz. Es handelt sich um das zweite "off shore-Vorhaben" innerhalb eines Jahres. Im Vorjahr hatte sich die staatliche Enarsa mit YPF und der chilenischen Enap Sipetrol verpflichtet, u\$ 150 Mio. in einem Projekt dieser Art zu investieren.

Die ZB hat letzte Woche Wechsel für \$ 400 Mio. ausgeschrieben, Offerten für \$ 1,63 Mrd. erhalten und für \$ 1,49 Mrd. angenommen. Das hohe Angebot wurde genutzt, um die Zinsen zu senken. Es ist dennoch unverständlich, dass die ZB einen so hohen Betrag abschöpft, nachdem sie bei der Geldexpansion weit unter dem Plansoll liegt, und die Wirtschaft mehr Bankkredit für Arbeitskapital benötigt. Lebac auf 91Tage wurden zu 14,49% verzinst, auf 105 Tage zu 14,52% und auf 147 Tage zu 14,80%.

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass die Internetverbindungen in 12 Monaten zum Mai 2009 um 23,9% (430.000) auf 3,39 Mio. gestiegen sind. Die Breitbandverbindungen stellen 85% bei den

Haushalten und 94% bei Unternehmen dar.

Die Consulting-Firma Orlando Ferreres & Partner hat berechnet, dass die wirtschaftliche Tätigkeit im Mai um 6,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat lag. Die ersten fünf Monate 2009 liegen um 5,2% unter dem Vorjahr. Ferreres schätzt, dass im 2. Halbjahr 2009 die Talsohle erreicht wird, und 2010 eine langsame Erholung einsetzt.

Der Hüttenverband ("Centro de Industriales Siderúrgicos", CIS) berichtet, dass die Rohstahlproduktion im Mai mit 268.000 t um 3,5% unter April und um 46,2% unter Mai 2008 lag. Die Roheisenproduktion lag im Mai mit 201.700 t um 8,8% unter April 2009 und um 46,9% unter Mai 2008. In den ersten 5 Monaten 2009 lag die Rohstahlproduktion um 43,1% und die von Roheisen um 49,5% unter dem Vorjahr. Die Produktion warmgewalzter Bleche, Bandeisen und Rundeisen lag im Mai mit 259.300 t um 0,8% über April, aber um 47,1% unter Mai 2008. Die Erzeugung kaltgewalzter Bleche lag im Mai mit 80.300 t um 2,3% über April, und um 41,6% unter dem Vorjahr.

Die Kammern der lokalen Fabrikanten von Herden, Heizkörpern, Thermotanks, Eisschränken, Tiefkühltruhen und Luftkühlanlagen werden bei der im Juli stattfindenden Verhandlungsrunde mit Brasilien eine Halbierung der Importkontingente für diese Produkte fordern. Der Präsident der Kammer der Haushaltsprodukte auf Gasbasis, Hugo Ganim, äusserte sich lobend auf die nicht-automatischen Importgenehmigungen, die dazu geführt haben, dass in diesem Jahr bisher nur 6.000 Herde aus Brasilien eingeführt worden seien, was erlaubt habe, das Niveau der lokalen Produktion beizubehalten. Der Präsident der Kammer der Eisschränke und Luftkühlapparate, Roberto Lenzi, wies darauf hin, dass letztes Jahr 200.000 Eisschränke aus Brasilien eingeführt worden seien, wobei es dieses Jahr nur die Hälfte sein sollten.

Der Kauf der Mahle-Fabrik in Rosario durch die brasilianische Europarts, die vom Argentinier Ramiro Vasena geleitet wird, konnte nicht vollendet werden, nachdem die Banco Nación einen geforderten Kredit von \$ 55 Mio. verweigert hat, den Vasena als Bedingung für den Kauf bezeichnet hatte.

Letzte Woche wurde das Wasserkraftwerk Caracoles, am Fluss San Juan, in der gleichnamigen Provinz, in Betrieb genommen, das von den Unternehmen Techint und Panedile errichtet wurde. Das Werk kann 950 KwSt. jährlich liefern und 17.000 ha bewässern. Die Investition betrug u\$ 260 Mio. Der Staudamm von 170 Metern ist einer der höchsten des Landes.

Die Reinigung des Riachuelo-Flusses

Der Riachuelo trennt die Hauptstadt von der Provinz Buenos Aires und ist total verschmutzt und verseucht. Er stinkt, hat eine intensive schwarze Färbung und enthält allerlei chemikalische Giftstoffe. Die zahlreichen Menschen, der in den anrainenden Gebieten leben, gelegentlich nahe dem Ufer, leiden daher an Krankheiten, abgesehen davon, dass sie den Gestank ertragen müssen. Diese Lage ist allgemein bekannt, wobei letztes Jahr der Oberste Gerichtshof sogar in das Thema eingegriffen hat, und der Regierung angeordnet hat, das Problem zu lösen.

Unter der Militärregierung wurde die Reinigung schon 1978 in Angriff genommen. Damals wurden zahlreiche versunkene Schiffe und allerlei andere Objekte vom Fluss-grund gehoben, so dass das Wasser schneller floss, was eine kleine Besserung herbeiführte. Wenn entdeckt wurde, dass eine Röhre mit Abwässern in den Fluss mündete, wurde sie sofort geschlossen. Doch die Unternehmer der anrainenden Gebiete, die allerlei Fabriken betrieben, die schmutzige und auch giftige Abwässer

abliessen, hatten keine Alternative für diese primitive Lösung, so dass sie eben die Leitung verlegten, und das dreckige Abwasser weiter in den Riachuelo warfen. Sie hatten auch keinen Platz, um Reinigungsanlagen einzurichten. Die Bürgermeister der Gegend stützten sie, weil sie sonst einige tausend Industriebetriebe hätten schliessen müssen, was schlicht undenkbar war.

Unter Carlos Menem als Präsident wurde María Julia Alsogaray als Staatssekretärin für Umwelt mit dieser Aufgabe betraut. Sie war so unvorsichtig, von einer Lösung in tausend Tagen zu sprechen, bevor sie überhaupt wusste, um was es sich handelte. Da die Bürgermeister nicht mitmachten, auch die Regierungen von Stadt und Provinz Buenos Aires nicht, geschah gar nichts.

Ein Teil des Problems könnte auf einfache Weise sofort gelöst werden. Die schwarze Farbe und der üble Geruch kommen vom Kot der Rinder, die auf den Markt von Liniers gebracht werden, der in den Fluss gespült wird, ohne vorher behandelt zu werden. Das

Stadtparlament hat vor Jahren schon die Schliessung jenes Marktes verfügt, der ohnehin nicht in eine städtische Gegend passt. Aber dies wird auf Druck der Makler ("consignatarios"), die auf dem Markt tätig sind, ständig hinausgeschoben. Dabei ist das Thema sehr einfach: dieser Markt muss durch einen virtuellen Markt über e-mail und Informatik ersetzt werden, wie es in Industriestaaten schon geschieht. Das ist heutzutage sehr einfach, wobei dabei bis zu 7% des Rinderwertes gespart werden, die in Gebühren des Marktes, unnötigen Transportkosten (zum Markt und dann vom Markt zum Schlachthaus, statt direkt) und Gewichtsverlusten besteht. Die Makler könnten ihre Gebühren bei einem Informatiksystem genau so gut erhalten, da sie Angebot und Nachfrage zusammenführen. Dabei würden eventuell auch Geschäfte, die heute direkt zwischen dem Landwirt und dem Schlachthaus getätigt werden, oder die über regionale Rindermärkte erledigt werden, über das Informatiksystem geschleust, das eine perfektere Preisbildung ermöglicht.

Doch das allgemeine Problem, das durch die giftigen industriellen Abwässer entsteht, bedarf einer Lösung, die nicht einfach ist. Die Regierung hat schon unter der Leitung von Abel Fatale ein Pro-

jekt ausgearbeitet, dass in der Leitung einer grossen Röhre besteht, die entlang des Ufers verläuft und in einer grossen Kläranlage am Rio de la Plata mündet, von der aus das gereinigte Wasser in den Fluss abgelassen wird. Die Fabriken müssen dann ihre Abwasserrohre mit dieser grossen Röhre verbinden, was nicht so kompliziert und auch nicht sehr teuer sein sollte. Die Kosten dieses Projekts wurden vor einigen Monaten auf insgesamt u\$ 1,6 Mrd. veranschlagt.

Die Weltbank hat jetzt einen Kredit für u\$ 840 Mio. für dieses Projekt zugeteilt, mit dem es auf alle Fälle begonnen werden kann. Die Mitwirkung der Weltbank sorgt dafür, dass das Projekt gut ausgearbeitet und relativ schnell durchgeführt wird, sofern die argentinische Regierung ihm keine Steine in den Weg legt. Das Projekt muss zunächst noch in allen Einzelheiten vervollständigt werden, und dann muss es auch einen Plan für die Durchführung geben. Die effektiven Arbeiten kommen danach. Dieses Mal hat die Nationalregierung gemeinsam mit der Provinzregierung, der Regierung der Stadt Buenos Aires und den anrainenden Gemeinden ein gemeinsames Amt für das Projekt geschaffen. Man muss nur dafür sorgen, dass es gut funktioniert und nicht politisiert wird.

Arbeitslosigkeit bei 8,4%, Schwarzarbeit bei 36,4%

Das Statistische Amt (INDEC) hat die Zahlen der Haushaltsumfrage für das 1. Quartal 2009 fertiggestellt. Es handelt sich um eine Umfrage bei etwa 10.000 Haushalten in 28 städtischen Ballungen, die auf die ganze Bevölkerung hochgerechnet wird. Dabei ergibt sich eine grosse Fehlerquelle, besonders wenn berücksichtigt wird, dass in ländlichen Gebieten die Verhältnisse grundlegend anders sind, mit viel mehr Gelegenheitsarbeit und Naturaleinkommen, die nicht berücksichtigt werden.

Die Hauptergebnisse der Umfrage sind wie folgt:

Die Vollarbeitslosigkeit lag bei 8,4% der aktiven Bevölkerung, gleich hoch wie vor einem Jahr.

In der Bundeshauptstadt betrug die Arbeitslosigkeit 8,1%, in den Gebieten der Umgebung 10,5%, wobei die näher liegenden Bezirke nur 7,78% aufweisen, die etwas ferner gelegenen 13,4% und die äusseren ganze 17,8%.

Die Arbeitslosigkeit betrug 13,7% bei Männern und 18,8% bei Frauen unter 29 Jahren. Hingegen betrug sie bei Männern zwischen 30 und 64 Jahren 4,7% und bei Frauen dieser Altersgruppe 5,8%.

Die Arbeitslosigkeit betrug 5,8% bei legal eingetragenen Arbeitern und 21% bei den informellen.

Der Anteil der Schwarzarbeiter an der aktiven Bevölkerung betrug 36,4%, gegen 37,3% im 1. Quartal 2008. Die Schwarzarbeit ist mit 45,3% besonders hoch im Nordwesten und relativ niedrig in Patagonien, mit 22,1%. Es wird angenommen, dass die Verringerung der Zahl der informellen Arbeiter auf der Weisswaschungsmöglichkeit beruht, die unlängst eingeführt wurde. In absoluten Zahlen erreicht die Zahl der Schwarzarbeiter 3,9 Mio. Personen. Dies ist nur möglich, weil keine Kontrolle besteht. Das Arbeitsministerium verfügt nur über wenige Beamte für diesen Zweck, und verpflichtet auch keine private Kontrolle. Abgesehen davon: wenn die Schwarzarbeit strikt kontrolliert würde, dann wäre die Arbeitslosigkeit wesentlich höher.

Der kompensierte Aussenhandel als Leitgedanke

Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno, der auch allerlei Entscheidungen trifft, die weit über die Befugnisse seines Amtes hinausgehen, hat gelegentlich ausgefallene Ideen. Die letzte war die, dass er von Unternehmen, die importieren, fordert, dass sie gleichzeitig für den gleichen Gesamtwert exportieren. In der Vorwoche hat er die grossen Supermärkte unter Druck gesetzt, damit sie sich dieser Politik anschliessen. Wenn sie nicht einwilligen, dann werden eben faktisch die Lizenzen für ihre Importe hinausgeschoben, so dass sie nicht über importierte Ware verfügen können. Sie werden somit ein geringeres Sortiment haben und auch stärker auf lokal gefertigte Erzeugnisse übergehen müssen. Bei elektronischen Produkten ergibt sich dabei ein neuer Vorteil für die Feuerlandunternehmen.

Das System des kompensierten Austausches besteht seit über 20 Jahren schon bei der Kfz-Industrie, allerdings unter Fabriken, die dem gleichen Unternehmen gehören. Abgesehen davon, werden Abweichungen in einem vorbestimmten Ausmass geduldet. Doch hier geht es darum, dass die Fabriken, die ein Unternehmen in Argentinien und Brasilien betreibt, sich auf weniger Modelle spezialisieren und auf diese Weise Kostenvorteile erwirtschaften. Der Fall liegt somit ganz anders.

Die lokalen Supermarktunternehmen exportieren schon jetzt, und seit langem. Aber sie sind grundsätzlich keine Exportunternehmen. Dabei sei bemerkt, dass sie beim Export einen Vorteil haben, der gegenwärtig besonders ins Gewicht fällt: sie können die von ihnen

gezahlte MwSt. mit der Rückgabe der MwSt. verrechnen, die bei Exporten auf die in vorangehenden Etappen des Wirtschaftsprozesses gezahlte Steuer entfällt. Diese Rückgabe erfolgt jetzt allgemein mit grosser Verspätung. Die Supermärkte könnten somit bestimmte Exporte über ihre Strukturen kanalisieren. Sie müssten dabei zunächst versuchen, Kompensationsabkommen mit brasilianischen, uruguayischen, paraguayischen, chilenischen, bolivianischen und venezolanischen Supermärkten zu vereinbaren.

Der Supermarkt Coto exportiert schon Rindfleisch. Das beruht jedoch darauf, dass der Hauptinhaber und Leiter, Alfredo Coto, als Metzger begonnen hat und das Geschäft gut kennt. Aber allgemein könnten die Supermärkte ihren Kollegen in Mercosur-Staaten, sowie auch in Chile, Bolivien und Venezuela, Wein, Reis, Teigwaren, Wurstwaren, Geflügel, Konserven verschiedener Art (besonders von Pfirsichen) und allerlei andere Produkte liefern, um damit Importe auszugleichen. Die Supermärkte könnten dann auch fordern, dass sie bei den Importen, die sie mit Exporten ausgleichen, einen geringen Zollsatz zahlen, wie es bei Automobilen und Lastwagen der Fall

ist, die im Rahmen des kompensierten Austausches aus Brasilien importiert werden. Dann könnte die Rechnung auch besser aufgehen, da dann eventuell bestimmte Exporte mit dem Erlös von Importen, bei denen eine relative hohe Marge besteht, verbilligt werden könnten. Die Supermärkte müssten die Initiative von Moreno nicht als eine seiner üblichen Aggressionen auffassen, sondern die Gelegenheit beim Schopf fassen, die ihnen hier geboten wird, nämlich ein Einstieg in ein Exportgeschäft zu Vorzugsbedingungen.

Wirtschaftlich hat der Vorschlag von G. Moreno nicht viel Sinn, zumal bei einer stark aktiven Handelsbilanz. Export und Import sind unabhängige Tätigkeiten, und wenn man sie aneinander koppelt, so entstehen dabei Verzerrungen und auch eine Abnahme der Intensität der Konkurrenz. Aber unser exzentrischer Binnenhandelssekretär, der hier de facto als Wirtschaftsminister (oder Produktionsminister, wie das Amt in Argentinien jetzt benannt wird) fungiert, wird kaum auf Argumente eingehen, die auf marktwirtschaftlichem Denken beruhen. Man muss ihn eben in seinen Initiativen begleiten und versuchen, dabei Vorteile zu erreichen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Übertragung von krisenbefallenen Unternehmen an Belegschaft?

Seit über einem Jahrzehnt führen Belegschaftsmitglieder die Tätigkeit in Unternehmen fort, die von ihren Besitzern geschlossen wurden, mit oder ohne Meldung eines Vergleichs vor Gericht, mit oder ohne Konkurserklärung ("quiebra"). Dabei ist die Rede von "zurückgestatteten Unternehmen" ("empresas recuperadas"), was nicht zutrifft, da nur die Besitzer die Unternehmen zurück erhalten könnten, nicht jedoch die Arbeiter und Angestellten, denen diese Unternehmen nie gehört haben. Es handelte sich dabei um ein Vorgehen, das eine grobe Verletzung des Eigentumsrechtes u.a. in der Verfassung verbotener Rechte darstellt. Die Richter haben dies zum Teil geduldet, in einigen Fällen (wie das Hotel Bauen) die Räumung verfügt, wie es sich gehört. Denn bei diesem Verfahren werden nicht nur die Eigentümer (Aktionäre, Gesellschafter oder einfach Besitzer des Kapitals) beschlagnahmt, sondern auch die Gläubiger ihres Rechtes beraubt. Denn gemäss Konkursrecht müssen sie mit dem Erlös aus dem Verkauf der Aktiven befriedigt werden.

In einigen Fällen hat die Regierung der Provinz Buenos Aires eine Enteignung vollzogen und den Belegschaften, die sich zu diesem Zweck in einer Arbeitsgenossenschaft zusammengetan haben, das Unternehmen vermietet. Doch auch dies ist verfassungswidrig, da hier der öffentliche Nutzen fehlt, der die Voraussetzung für eine Enteignung ist, wobei auch gemäss Verfassung der Preis vorher gezahlt werden muss, und nicht

nachdem die Enteignung faktisch schon vollzogen ist.

Über die Zahl dieser Unternehmen, die meistens Fabriken betrieben, die von der Belegschaft besetzt wurden, bestehen keine genaue Daten. Es war vor einigen Monaten die Rede von über 200. Die Zeitung "La Nación" berichtet, dass in den letzten sechs Monaten weitere 10 Arbeitsgenossenschaften im Genossenschaftsregister eingetragen haben, die Unternehmen faktisch übernommen haben. Seit April seien weitere 33 Fabriken von Belegschaftsmitgliedern besetzt und betrieben worden. Sie werden dabei von einem gemeinnützigen Verein (MNRFF, Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas) beraten, dessen Vorsitz der Gewerkschaftsanwalt Luis Caro hat, der daraus eine lukrative Tätigkeit gemacht hat und dieses Vorgehen auch anspricht.

Ein grosser Teil dieser Unternehmen, wenn nicht die meisten, konnte nur kurze Zeit bestehen, auf der Grundlage, dass die Schulden ignoriert und keine Steuern und Soziallasten gezahlt wurden. Aber diese Unternehmen hatten eben keinen Kredit, nicht einmal von Lieferanten (die zunächst die Zahlung der geschuldeten Beträge forderten), kaum eigenes Arbeitskapital und auch keine ordentliche Leitung. Denn, wenn alle gleichberechtigte Mitglieder der Genossenschaft sind, kann es kaum Disziplin und Bestrafung für schlechte Leistung oder Arbeitsausfall geben. Ausserdem gibt es bei den Un-

ternehmen ein vielfältiges "know how", das der ursprüngliche Unternehmer hat, und nicht die Belegschaft. Bei kleinen und mittleren Betrieben, um die es hier geht, kennt der Unternehmer die Lieferanten und Kunden meistens gut, weiss mit ihnen zu verhandeln, pflegt Beziehungen zu Banken und/oder anderen Finanzanstalten, und kümmert sich um Effizienz, die oft in allerlei Kleinigkeiten zum Ausdruck kommt, die bei Übertragung an die Belegschaft ohne Mitwirkung des Eigentümers verloren gehen. Abgesehen davon: wenn ein Unternehmer gescheitert ist und nicht weiter machen konnte, kann man annehmen, dass grosse Schwierigkeiten bestanden, denen die Belegschaftsmitglieder noch weniger gewachsen sind.

Die Zeitung "La Nación" berichtet von einigen Fällen. Vor Jahren wurde der Fall der Konfektionsfirma Brukman gross in Zeitungen und im Fernsehen kolportiert. Die 58 Belegschaftsmitglieder, die jetzt dort arbeiten, erhalten zwischen \$ 50 und \$ 100 pro Woche, plus einen theoretischen Zusatz, der sich aus einem eventuellen Gewinn ergibt. Die Arbeiter, in diesem Fall meistens Frauen, beklagen sich darüber, dass sie nach 8 Jahren intensiver Arbeit nicht einmal einen normalen Lohn erhalten. In vielen anderen Fällen sieht es ähnlich oder schlimmer aus. In wenigen Fällen waren die Genossenschaften erfolgreich, so bei der Traktorenfabrik Zanello, in "Las Varillas", Provinz Córdoba, die in Pauny umgetauft wurde und seit Jahren gut produziert und verkauft, dabei sogar exportiert und unlängst auch eine

Montagewerkstatt in Venezuela errichtet hat. Das ist jedoch eine Ausnahme, die besondere Ursachen hat.

Bei Unternehmen, die sich in dieser Form entwickeln, kommt dann der Zeitpunkt, in dem die Genossenschaftler, die die Leitung ausüben, die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft oder eine G.m.b.H. fordern. So war es bei Versicherungsgenossenschaften, denen in den 90er Jahren dieser Schritt erlaubt wurde. Das Problem der Genossenschaften besteht darin, dass niemand eine echte Verantwortung für das Vermögen übernimmt, was ihre Kreditwürdigkeit beeinträchtigt. Wenn es schlecht geht, dann verschwinden alle, und die Gläubiger können sehen, wie sie zum ihrem Geld kommen. Die Versicherungsgenossenschaften konnten deshalb nur kleinere Risiken versichern, und hatten auch Schwierigkeiten, um Rückversicherungen zu erhalten.

Vor fünf Jahren wurde ein Gesetzesprojekt des Abgeordneten Eduardo Mondino (der jetzt das Amt des Volksverteidigers innehat) in der Deputiertenkammer genehmigt, durch das beim Vergleichsverfahren die Belegschaft die Priorität bei der Übernahme eines Unternehmens haben sollte. Das Projekt wurde vom Senat nicht behandelt, weil es zu viele Fragen offen liess. In der Vorwoche hat Néstor Kirchner die Initiative in einer Wahlrede wieder vorgebracht, und gleich danach hat die Präsidentin, Cristina Kirchner sich verpflichtet, eine Reform in diesem Sinn zu studieren, die vom

Verein dieser Arbeitsgenossenschaften MNRF vorgelegt worden sei.

NK wies darauf hin, dass dies das erste Projekt sei, dass er als Deputierter vorbringen werde, wobei er sagte, er wolle in dieser Beziehung die USA nachahmen. Nun wurde die argentinische Konkursgesetzgebung bei der Reform von 1995 schon derjenigen der Vereinigten Staaten angeglichen. Es ist nicht so, wie NK es sagte, dass jenes Konkursgesetz keine Rettung von produktiven Unternehmen erlaube; im Gegenteil, die Reform beabsichtigt genau dies. Was NK jetzt wohl meint, ist einmal, dass die Belegschaften ein Vorzugsrecht bei der Kapitalisierung ihrer Ansprüche geniessen sollen, und dann, dass der Staat eventuell Geld beiträgt, wie es die US-Regierung bei Grossbanken und Kfz-Fabrikem getan hat.

Bei der Kapitalisierung der Ansprüche der Gläubiger, die ab 1995 möglich geworden ist, müssten jedoch alle gleich behandelt werden. Arbeiter und Angestellte könnten dabei nur geschuldete Löhne und Gehälter kapitalisieren. Es kann jedoch hier ein Trick angewendet werden, indem die Entschädigungen, die der Belegschaft im Fall einer Entlassung zustehen,

auch kapitalisiert werden, wie wenn sie wirklich entlassen worden wären. Das macht meistens einen hohen Betrag aus. Allein, auch so müssten Arbeiter und Angestellte das Kapital mit anderen Gläubigern und auch mit dem Staat teilen, dem meistens Steuern und Sozialbeiträge geschuldet werden.

NK erwähnte beiläufig die Möglichkeit, dass diese von Belegschaftsmitgliedern (es muss angeblich mindestens ein Drittel sein) übernommenen Unternehmen auch Kredite staatlicher Banken, an erster Stelle der Banco Nación, erhalten. Das ist in vielen Fällen die Voraussetzung für ein Weiterbestehen der Unternehmen. Für eine Bank, und sei es eine Staatsbank, ist der Fall jedoch nicht so einfach, es sei denn, das Schatzamt erteilt Garantien. Und das ist noch fragwürdiger. Allein, wie immer das Verfahren auch gestaltet wird, es ist sehr wahrscheinlich, dass dabei eine Belastung der Staatskasse entsteht, weil bei diesen Unternehmen Ansprüche Dritter und auch der Eigentümer weiter bestehen, die der Staat schliesslich befriedigen muss. Doch das Schatzamt muss jetzt sehen, wie es Ausgaben kürzt; für neue ist gewiss kein

Geld vorhanden.

Die Gefahr eines Gesetzes, das die Übernahme von Unternehmen durch einen Teil der Belegschaft im Fall von Schliessung oder Konkursverfahren vorsieht, und dies dabei erleichtert, besteht darin, dass dann Streiks oder Störungen im Ablauf der Tätigkeit eines Unternehmens absichtlich provoziert werden (wie es bei Aerolíneas Argentinas schon der Fall war, um die Verstaatlichung herbeizuführen), so dass sich schliesslich die Situation ergibt, die die Übernahme erlaubt. Achtung!

Zum hier behandelten Thema sei noch bemerkt, dass der Konkurs oder die einfache Liquidierung von Unternehmen zum normalen Ablauf einer Marktwirtschaft gehört. Der bedeutende österreichische Wirtschaftler Joseph Schumpeter (lange Zeit Professor in Harvard, USA), führte den Begriff der "kreativen Zerstörung" ein. Alan Greenspan, langjähriger FED-Chef, kommt in seinen Memoiren ständig auf dieses Konzept zurück. Oft müssen Unternehmen aufgeben, um Platz für andere zu machen, die effizienter sind, womit die Wirtschaft gesamthaft auch effizienter wird und auf dieser Grundlage wachsen kann. Wenn Unternehmen, die

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400

versagt haben, künstlich am Leben gehalten werden, dann entsteht zunächst unlauterer Wettbewerb für andere der gleichen Branche, so dass dann eventuell einige von diesen in Schwierigkeiten geraten. Man sollte deutlich zwischen Unternehmen unterscheiden, die prinzipiell gesund und lebensfähig sind, und anderen, bei denen dies nicht der Fall ist. Das ist jedoch sehr schwierig. Ohnehin müssen die Richter im Rahmen der bestehenden Konkursordnung oft über diese Frage entscheiden. Die Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, die den Kirchners so sehr am Herzen liegt, ist nicht immer positiv zu werten, und gelegentlich für den Staat sehr teuer.